

DIE SPD-Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung Eberswalde



DATUM: Eberswalde, 22. November 2016

**Änderungsantrag zu Vorlage-Nr.: BV/0370/2016**  
**Betreff: Haushaltssatzung 2017/2018**

**Beratungsfolge:**

Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen	01.12.16	Beratung
Hauptausschuss	08.12.16	Beratung
Ausschuss für Energiewirtschaft	13.12.16	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	15.12.16	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Produktgruppe 11.11 Beteiligungsmanagement**

DIE SPD-Fraktion beantragt in Produktgruppe 11.11 (IV-6) die Ansätze wie folgt zu fassen:

			2017	2018	2019	2020	2021
Alt	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	26.495	51.495	51.495	11.495	11.495
Neu	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	77.990	0	0	0	0

In Produktgruppe 11.11 (IV-6) sollen die in 2016 geplanten, jedoch nicht verbrauchten, Mittel in Höhe von 53.395 Euro nach 2017 übertragen werden (Ermächtigungsübertragung) und den dortigen Ansatz „Sonstige ordentliche Anwendungen“ erhöhen.

Die Mittel von dann insgesamt 131.385€ sollen für Planung und Erstellung von Gutachten mit dem Ziel einer Beteiligung an einer neuen Netzgesellschaft Strom GmbH verwendet werden.

### **Begründung:**

Die Wegenutzungsrechte für Strom besitzt die E.DIS AG. Gegenwärtig werden mit dem Konzessionär E.DIS die Bedingungen für einen Konsortialvertrag abgestimmt, der im Kernpunkt die Bildung einer gemeinsamen Betriebsgesellschaft für die Stromnetze (Netzgesellschaft Strom Eberswalde GmbH) vorsieht. Unstrittig zwischen den Vertragsparteien ist die Höhe einer Mindestbeteiligung von 25,1 % für die Stadt und die Übertragung aller zum Betrieb der Netze vorhandenen Voraussetzungen (Zulassungen, Personal, Kenntnisse und Hardware) in diese neu zu bildende Gesellschaft durch die E.DIS AG. Dadurch ist ein problemloser Betriebsübergang gesichert. Unstrittig ist es ebenfalls, dass der Kaufpreis für die Beteiligung auf der Basis des Ertragswertes der Stromnetze gebildet wird. Dieser liegt bei ca. 20 Mio €.

Durch die Verwaltung wurden bereits Mittel für die Gestaltung der weiteren Schritte zur Bildung einer gemeinsamen Netzgesellschaft vorgesehen. Sicher erfolgte dies unter dem Aspekt, dass sowohl für das Beteiligungskapital sehr gute Renditen erzielbar sind als auch aus dem Betrieb der Netze durch staatlich festgelegte Netzentgelte mittel – und langfristig positive Erträge mit dieser Gesellschaft erwirtschaftet werden können. Die wichtigsten Instrumente der Anreizregulierung des Bundes sind die Verzinsung des Kapitals für den Kaufpreisanteil (etwa 8% vom etwaigen Kaufpreis von ca. 4 Mio €) sowie die Höhe der Netzentgelte und damit des gesicherten Umsatzes der Netzgesellschaft (gegenwärtig 7,06 Cent/KWh von der Bundesnetzagentur gesetzlich geregelt in der Netzentgeltverordnung). Bereits für 2017 sind für die Netzentgelte Erhöhungen von 9 % angekündigt. Diese Regelungen lassen erwarten, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit mittel- und langfristig positive Erträge aus der Beteiligung nach Abzug aller Aufwendungen kontinuierlich generiert werden können. Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Erstellung eines Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit der Beteiligung sind gut angelegt. Eine tiefgehende Bewertung des Gesamtstandes zum Eingehen einer Beteiligung und die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit (Beschlussvorschlag) sind daher sinnvolle und risikoarme Aktivitäten.

Diese Maßnahme wäre gleichzeitig ein Beitrag zur Daseinsvorsorge, sichert die Mitsprache in der Entwicklung der Energiewirtschaft in der Stadt.

**Anmerkung:** Konzessionsbeiträge (gegenwärtig 2,1 Cent/KWh und total ca. 1.200.000 €/Jahr) sind von den Netzentgelten unabhängig. Beides sind Bestandteile des Strompreises.



LUX  
Vorsitzender  
DIE SPD-Fraktion